



Berlin, 5. April 2005

GdP: Graffiti und Scratching müssen grundsätzlich unter Strafe gestellt werden

Berlin. „Graffiti und Scratching dürfen für die Täter nicht mehr länger folgenlose Lausbubenstreiche bleiben. Der Schaden, der durch diese Verschandelung der Städte und öffentlichen Einrichtungen von den Bürgern bezahlt werden muss, wächst jährlich und geht inzwischen in die hunderte von Millionen Euro. Die Blockadehaltung der Grünen gegen eine Strafbewehrung leistet dieser wachsenden Kriminalität und einer fortschreitenden gesellschaftlichen Verwahrlosung Vorschub,“ kritisiert der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Konrad Freiberg vor dem am Donnerstag in Berlin beginnenden ersten internationalen Anti-Graffiti-Kongress.

Seit Jahren fordert die Gewerkschaft der Polizei, so Freiberg, eine Ergänzung des Strafgesetzbuches, wonach Graffiti-Schmierereien grundsätzlich als Straftat zu ahnden sind. Freiberg: „Es ist unverständlich, dass ein entsprechender Gesetzentwurf seit nunmehr sieben Jahren am Widerstand der Grünen scheitert.“ Die Arbeit der Polizei, die allein in der Bundeshauptstadt mit einer mehr als 30-köpfigen Ermittlungsgruppe gegen die unerträgliche Zerstörung privaten und öffentlichen Eigentums ankämpft, wird durch die politische Verharmlosung dieser visuellen Umweltverschmutzung zusätzlich erschwert.

Freiberg weist darauf hin, dass sich eine erhebliche Beschaffungskriminalität mit Graffiti verbindet. Freiberg: „Die Mittel zur Finanzierung tonnenweiser Farbspray-Dosen werden in nicht unerheblichem Maße durch Diebstähle aus Kfz besorgt. Unterschätzt wird weiterhin die Umweltgefährdung durch hochgiftige Aerosole. Kinder, die eine beschmierte Wand anfassen oder in die Nähe mit Fluorsäure frisch verätzter Abteufenster von Zügen oder S-Bahnen geraten, sind hochgradig gefährdet.“

Als völlig unverständlich bezeichnet es die GdP, dass die Umweltverschmutzung durch Sprayer und Scratcher nicht längst die grünen Umweltminister im Bund in den Ländern auf den Plan gerufen hat, die in anderen Fällen gerne unnachgiebige Härte zeigen.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190